Nummer 240

Mit Kurszettel **Berliner** Mit Kurszettel

Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Fischer, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhard Beutner, sämtlich in Berlin.

Verantwortlich für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 73. Jahrgang Donnerstag, 24. Mai 1928

Phosgen aus Pariser und Berliner Redaktionen.

Amtliche Untersuchung und französische Sachverständige entkräften alle Denunzierungsversuche.

Hamburg, 24. Mai.

In der gestrigen Sitzung der Hamburger Bürgerschaft gab die Polizeibehörde in Beantwortung der Anfragen zu dem Giftgas unglück auf der Veddel folgende Erklärung ab: Die Firma Chemische Fabrik Dr. Hugo Stolzenberg hat am 20. Oktober 1927 für die Dauer eines Jahres durch die Baupolizeibehörde die Genehmigung erhalten, auf einem Lagerort an der Hofestraße Phosgengas zu lagern. Der Polizeibehörde ist die Lagerung des Gases bekannt gewesen. **Eine strafbare Verheimlichung hat nicht stattgefunden.** Die schleunige Vernichtung der Vorräte, die auf dem Stolzenbergschen Lagerplatz vorhanden sind, ist von Amts wegen in die Wege geleitet. Die Genehmigung weiterer Lagerungen von Giftgasen kommt nicht in Frage. Weitere Betriebe ähnlicher Art, bei denen Phosgen gelagert ist, bestehen in Hamburg nicht. **Eine Herstellung von Phosgen findet weder bei der Firma Stolzenberg noch irgendwo in Hamburg statt.**

Paris, 24. Mai.

Der frühere Sachverständige für chemische Fragen in der Interalliierten militärischen Kontrollkommission in Berlin, jetziger Chefingenieur Henry Muraour, nimmt im „Matin" Stellung zu der Hamburger Explosion. Seine Aeußerungen sind **eine einwandfreie Antwort auf die Hetze, die gewisse nationale Blätter (und gewisse deutsche Linksblätter! Red.) bereits gegen Deutschland einzuleiten versuchen, um zu der alten und längst verbrauchten Formel „Deutschland nicht entwaffnet" zurückkehren zu können.** Er schreibt: Die Herstellung von Phosgen für industrielle Zwecke ist in einem kleinen Maßstab nur in drei Fabriken gestattet; die eine ist in Ludwigshafen, die andere in Leverkusen und die dritte in Dresden-Radebeul. Die Vorräte an giftigen chemischen Erzeugnissen, die Ende des Krieges in Deutschland vorhanden waren, waren im Lager von Preloh in Hannover gesammelt werden. Diese Vorräte wurden zum größten Teil auf Anordnung der Interalliierten Kommission vernichtet, gewisse jedoch, die geeignet waren, in chemischen Fabriken verwertet zu werden, von Industriellen, insbesondere von Dr. Stolzenberg, gekauft. Die Hamburger Explosion ist nun gerade in der chemischen Fabrik dieses Dr. Stolzenberg erfolgt. Es ist also höchst wahrscheinlich, daß die in Hamburg eingelagerten Phosgenvorräte **ein Restbestand aus dem Ende des Krieges in Preloh vorhandenen Vorrat** sind. Einigen Nachrichten zufolge soll dieses Phosgen für die Ausfuhr bestimmt gewesen sein. Hierzu ist zu bemerken, daß, wenn Deutschland auch nicht das Recht hat, giftige chemische Erzeugnisse auszuführen, dieses Verbot weder Chlor noch Phosgen betrifft, die in der Industrie benutzt werden. **Dr. Stolzenberg ist also, falls er Phosgen ausführte, vollkommen in seinem Recht gewesen. Das Vorhandensein eines Phosgenvorrats in einer Hamburger Fabrik beweist keineswegs, daß Deutschland gewisse giftige Erzeugnisse hergestellt hat.** — Muraour weist noch darauf hin, daß ihm während seiner Tätigkeit in der Interalliierten Kommission zahlreiche Denunziationen über eine angebliche heimliche Herstellung giftiger chemischer Stoffe zugegangen seien. Trotz sorgfältigster Nachprüfung habe sich **keine einzige dieser Anzeigen als stichhaltig erwiesen.** Alles, was seit 1919 über Unfälle bei der Herstellung von Pulver, Explosivstoffen und Giftgasen in den chemischen Fabriken Deutschlands erzählt worden sei, sei nur auf Einbildungskraft oder die Unwissenheit von Zeitungsberichterstattern zurückzuführen. **Zusammenfassend könne gesagt werden, daß kein Beweis oder auch nur die Spur eines Beweises für die Annahme vorhanden sei, daß die deutsche chemische Industrie gegenwärtig heimlich Giftgase herstelle.**

Aehnlich nimmt im „Petit Parisien" der frühere Leiter des französischen Gaskrieges, Moureu, Stellung, der es als durchaus natürlich bezeichnet, daß in einer Hamburger Fabrik 7—8000 Tonnen Phosgen aufgespeichert seien.

Die Phosgen-Katastrophe vor dem Reichskabinett.

In der heutigen Kabinettssitzung kam das Hamburger Explosionsunglück zur Sprache. Neben dem tief bedauerlichen Schicksal der von dem Unglück betroffenen Personen lag für das Kabinett, wie offiziös mitgeteilt wird, der Anlaß zur Prüfung der Angelegenheit auch in den Vorschriften begründet, die das bekannte Kriegsgerätegesetz vom Juli 1927 über die Herstellung von Giftgasen und den Handel damit enthält. Das Kabinett nahm den Bericht des Reichswirtschaftsministers über die von den zuständigen Hamburger Behörden sofort nach dem Vorfall eingeleiteten Untersuchungsmaßnahmen entgegen. Der Reichswirtschaftsminister teilte mit, daß er wegen der weitreichenden Bedeutung des Vorfalles auch von sich aus einen Sachverständigen seines Ressorts nach Hamburg entsandt habe. Bei der Erörterung im Kabinett konnte bereits festgestellt werden, daß die Phosgenvorräte der beteiligten Firma nicht für Zwecke oder im Auftrage irgendwelcher militärischer Stellen aufbewahrt worden sind."

— **Skandinavische Handelstagung in Oslo.** Im September oder Oktober soll in Oslo eine skandinavische Handelstagung abgehalten werden, an der zum ersten Male auch finnländische Abgesandte teilnehmen sollen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Revision der skandinavischen Münzunion.

Kabinettsbeschluß über die Demission

Kurz vor Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 24. Mai.

Halbamtlich wird gemeldet: Das Reichskabinett beschloß in seiner heutigen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung unter voller Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten zur Zeit von einer Demission abzusehen und in Aussicht zu nehmen, am Tage vor dem Zusammentritt des Reichstages dem Herrn Reichspräsidenten seine Demission zu unterbreiten.

*

Die Frage, wann der Rücktritt der Reichsregierung stattfinden soll, war dieser Tage der Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen einigen Parteizeitungen gewesen. Von volksparteilicher Seite war gefordert worden, der Rücktritt der Reichsregierung müsse sofort erfolgen, während das Zentrum den Standpunkt vertritt, man könne bis zum Zusammentritt des Reichstages warten. Inzwischen könne die Regierungsbildung vorbereitet und beschleunigt werden. Die „Germania" schreibt heute, es würde Sache des Reichspräsidenten sein, so schnell wie möglich mit den Sondierungen zu beginnen, die zur Bildung der neuen Regierung notwendig sind. „Daß es dabei der Sozialdemokratie als der Gewinnerin dieses mehr mit Agitation als mit politischen Ideen geführten Wahlkampfes die Hauptverantwortung zufällt, ist von uns schon längst gesagt worden. Das Zentrum hat Zeit, die ersten positiven Schritte für die Bildung der neuen Regierung in Ruhe und Gelassenheit abzuwarten." Hier kommt wieder der bekannte Zentrumsstandpunkt zum Durchbruch, daß man auf jeden Fall der Sozialdemokratie es überlassen soll, die Initiative zu ergreifen und sich den Kopf darüber zu zerbrechen, mit welchen Parteien die neue Regierung zu bilden ist. Auch der sozialdemokratische „Vorwärts" weist die demokratischen Beeinflussungsversuche, die sich mit handgreiflicher Deutlichkeit in der Richtung auf die Große Koalition bewegen, heute besonders energisch zurück:

„Schon am Abend nach der Wahl konnte man in Berliner Blättern lesen, wie die neue Regierung gebildet werden muß. Je kleiner der Einflußkreis, auf Wählermassen ist, desto größerer Anspruch auf politische Führerrollen wird da erhoben."

Vor diese Feststellung setzt der „Vorwärts" den Satz: „Schnell fertig ist die Feder mit dem Wort." — Ob die also Apostrophierten endlich merken werden, daß ihre Bemühungen um die Sozialdemokraten unerwünscht sind?

*

Die Demission des Reichskabinetts wird also etwa am 10. Juni stattfinden, da der neue Reichstag voraussichtlich am 11. oder 12. Juni zusammentreten wird.

Die Attentate in Buenos Aires.

22 Todesopfer der Bombenexplosion im italienischen Generalkonsulat.

TU Buenos Aires, 24. Mai.

Wie die „Prensa" meldet, sind bei dem Bombenanschlag im Paßbureau des italienischen Konsulats in Buenos Aires 22 Personen getötet und fast 50 verletzt worden. Es ist der fünfte Anschlag dieser Art, der in letzter Zeit zu verzeichnen war. Erst vor zwei Monaten wurden in zwei nordamerikanischen Warenhäusern Höllenmaschinen zur Explosion gebracht; weitere Anschläge richteten sich gegen nordamerikanische Geschäftshäuser in Argentinien. Schließlich wurde vor kurzem auf der Fensterbank des Amtzimmers des argentinischen Justizministers eine Bombe gefunden. Alle diese Anschläge standen mit anarchistischer Propaganda im Zusammenhang und waren, soweit sie sich gegen nordamerikanische Unternehmen richteten, ohne Zweifel Racheakte wegen der Hinrichtung Saccos und Vanzettis. Der Anschlag gegen den argentinischen Justizminister hatte mit Anträgen auf Auslieferung von anarchistischen Attentätern zu tun, die teils von Argentinien in Europa, teils von europäischen Mächten in Argentinien gestellt worden waren. **In seinem dieser Fälle gelang es bisher, der Attentäter habhaft zu werden** und man vermutet mit Sicherheit, daß diese Anschläge, ähnlich wie in früheren Jahren, wo sie systematisch von fahrenden Automobilen ausgeübt wurden, **von einer wohlorganisierten Geheimgesellschaft ausgegen.** Das gestrige Attentat könnte den Anschein erwecken, als ob es von Personen ausgeübt worden war, die mit dem Ende vorigen Jahres verhängten, außerordentlich scharfen Auswanderungsbestimmungen der italienischen Regierung unzufrieden waren, durch welche die Auswanderung aus Italien so gut wie unmöglich gemacht worden ist. Jedoch ist es ebenso gut möglich, daß bei dem Anschlag auf das italienische Paßbureau seine Lage maßgebend war, nämlich in der vornehmsten Villenstraße von Buenos Aires, wo u. a. auch die Privatwohnung des Präsidenten Alvear liegt. In diesem Falle würde es sich um einen Versuch der unbekannten Täter handeln, den Verdacht auf Antifaschisten abzuwälzen.

TU Rom, 24. Mai.

Der Bombenanschlag gegen das italienische Konsulat in Buenos Aires hat in Rom das größte Aufsehen erregt. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Anschlag dem italienischen Botschafter, der zur Zeit der Bombenexplosion eigentlich im Konsulat hätte weilen sollen, gegolten hat. Der Chef der Paßabteilung wie der Generalsekretär des Konsulats sind schwer verletzt worden.

Nach weiteren Meldungen aus Buenos Aires ist am gleichen Tage in einer Apotheke, deren Besitzer der Sekretär des Faschistenverbandes in Buenos Aires ist, eine Bombe gefunden worden, deren Explosion noch rechtzeitig verhindert werden konnte.

Heute Urteilsverkündung in Kolmar.

TU Kolmar, 24. Mai.

Der letzte Tag des Kolmarer Autonomistenprozesses hat heute begonnen. Es spricht als letzter der acht Verteidiger der Pariser Kammerabgeordnete Berthon, der Wortführer der Verteidigung. Nach seinem Plädoyer, das voraussichtlich in den Mittagsstunden zu Ende gehen wird, wird sich der endgültige Abschluß des Prozesses und die Urteilsfällung anschließen. Ob der Generalisationsanwalt noch einmal das Wort zu einer Replik ergreifen wird, steht noch nicht fest. Das letzte Wort haben dann die Angeklagten. Man rechnet damit, daß die Geschworenen sich im Laufe der Nachmittagsstunden zur Beratung zurückziehen werden und der Spruch der Geschworenen dann in den späteren Nachmittagsstunden bekanntgegeben wird. Die Urteilsformulierung durch den Gerichtshof würde sich dann sofort anschließen.

Berthon ging heute zunächst auf die Ursache der sogenannten elsässischen „Malaise" ein. Er stellte fodann fest, daß eine Verurteilung der beiden angeklagten Deputierten im Elsaß Unruhen auslösen, vielleicht sogar einen Bürgerkrieg herbeiführen könnte.

Elsaß-Lothringen sei ein Land deutscher Sprache.

Dies sei eine unbestreitbare historische Tatsache. Aber das Elsaß sei auch ein Land beseelt von Gefühlen für Frankreich. Mehr als irgendein anderes Land habe das Elsaß im Laufe seiner Geschichte die Greuel des Krieges erlebt und die schwere Hand der Siegermächte zu fühlen gehabt. Aber nicht die Sprache schaffe die Nationalität eines Landes. Der französische Einfluß habe bis zum Jahre 1801 im Elsaß überall tiefe Wurzeln geschlagen.

Abreise Beneschs.

W. T. B. meldet:

Der tschechoslowakische Minister des Auswärtigen, Dr. Benesch, ist mit seiner Gemahlin heute vormittag nach Prag abgereist. Auf dem Bahnsteig waren anwesend der Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Schubert, der Chef des Protokolls Dr. Koester und mehrere Herren des Auswärtigen Amts. Staatssekretär von Schubert überreichte Frau Dr. Benesch einen Strauß gelber Rosen.

*

Die Anwesenheit des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch, der von einer längeren Erholungsreise im Ausland über Berlin nach Prag zurückkehrt, hat geboten, die laufenden, Deutschland und die Tschechoslowakei gemeinsam interessierenden Fragen zum Gegenstand einer Aussprache zu machen und damit die Unterhaltungen fortzusetzen, die in Genf wiederholt zwischen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Herrn Dr. Benesch stattgefunden haben. Die Berliner Unterhaltungen sind in Vertretung des Reichsaußenministers von Staatssekretär von Schubert geführt worden. Außerdem ist Herr Benesch auch von Reichskanzler Dr. Marx empfangen worden. Bei den Unterhaltungen konnte erneut festgestellt werden, daß die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in den letzten Jahren einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen hat, daß eine Reihe aktueller Einzelfragen sich auf dem Wege der Regelung befindet. Auch in den allgemein europäischen Fragen ergaben sich mannigfache Berührungspunkte der Politik der beiden Länder, insbesondere die Uebereinstimmung beider Regierungen in dem Ziele, den Wiederaufbau Europas durch nachdrückliche Fortsetzung der Verständigungspolitik zu fördern.

Frankreich vor und nach den deutschen Wahlen.

In Frankreich ist man nervös. Nervös und irritiert. Die Betrachtungen der Pariser Presse über den roten Pyrrhussieg in Deutschland lassen an Offenheit, fast wäre man geneigt zu sagen an zynischer Offenheit, nichts zu wünschen übrig. Man hatte vor den deutschen Wahlen das Netz, das man dem deutschen Michel über den Kopf warf, doch so fein geknüpft, und nun ist man selbst darin gefangen. Wie versuchte man von Paris her doch noch vor wenigen Wochen die Wahlen in Deutschland mit Versprechungen zu beeinflussen. Wie appellierte man an alle guten pazifistischen und verständigungstrunkenen Geister in den deutschen Landen, sich abzuwenden von den „kriegs- und revanchelüsternen reaktionären Parteien" und die Bruderhand zu ergreifen, die dem deutschen Volk vom Westen entgegengestreckt wird, und die ihnen Friede und Freiheit bringt. Herr Poincaré bemühte sich persönlich und empfing, das Lammfell über die Schulter geworfen, den beglückten Abgesandten des „Vorwärts". Herr Schiff und Poincaré Arm in Arm — (O, Molière, lebtest Du noch, welch prächtige Studie!) — also Herr Schiff und Poincaré forderten ihr Jahrhundert in die Schranken. So tarüffelte man in der französischen Presse die Artikel aus, die der gute deutsche Bürger gern liest, weil sie nicht wahr sind. Unter der Sonne des deutschen Sozialismus werden, so hofft man jedenfalls, die französischen Blütenträume schon reifen.

Und nun? Was liest und hört man nun aus Paris? Erst begeistert, dann betrübt, wie es dem romanischen Herzen geziemet, stehen sie der neuen Situation vis-a-vis, wo bei ihnen der alte deutsche Seifensieder aufzugehen scheint. Was hat sich für Frankreich nun durch den Sieg der roten Front ergeben?

Da ist zunächst für Frankreich das finanzielle Problem, ohne dessen Lösung seine politischen Aspirationen Chimäre bleiben müssen. Belastet mit dem Druck der Kriegsschulden und eines ungeheuren laufenden Etats, der die Finanzkräfte des Landes weit überschreitet, ist Frankreich auf die deutschen Reparationsleistungen in einem Maße angewiesen, daß mit deren Nichterfüllung durch Deutschland die wirtschaftliche und finanzielle Existenz Frankreichs unmittelbar und ernstlich bedroht ist. Und diese Gefahr hat die politisch trunkenen Franzosen plötzlich nüchtern gemacht. Wer zahlt die Reparationen? Wer trägt ungeheure Lasten? Die deutsche Wirtschaft. Was hat bei fortschreitender Sozialisierung die deutsche Wirtschaft zu erwarten? Den Ruin. Man hat in Paris die sozialistische Finanzwirtschaft zur Genüge am eigenen Leibe verspürt, und erwartet von den deutschen Sozialisten nichts anderes, als man 1924 in Frankreich unter dem Zepter der Radikalsozialisten erfahren mußte, und Poincaré mit Hilfe des Nationalen Blockes das Land vor dem finanziellen Chaos rettete.

Die „Liberté", vor den Wahlen von einem pazifistisch-sozialistischen Deutschland träumend, wacht nun plötzlich auf und meint, daß es sich für Frankreich darum handelt, ob zu Ehren eines linksgerichteten Reichstages ein fettes Kalb geschlachtet werden soll. Das heißt, ob das Rheinland geräumt werden soll. „Andererseits", so meint das Blatt, „muß Frankreich aufmerksam die deutsche Finanzlage verfolgen. Für Frankreich ist die Alternative immer die gleiche: entweder ein Deutschland, das fähig ist zu zahlen, weil es in Ordnung gehalten und gut regiert wird, und infolgedessen stark und gefährlich ist, oder ein Deutschland, in dem die Demagogie herrscht, das wohl wegen seiner Schwäche beruhigend, aber wegen seines Ruins zahlungsunfähig ist".

Gut verstanden, „Liberté", aber warum so spät die Einsicht? Wollte man erst einmal die Katze im Sack haben?

Nun, wo man in Paris die Gefahr erkannt hat, macht man auch nicht länger aus seinem Herzen eine Mördergrube und läßt ganz ungeniert und mit der den Franzosen eignen charmanten Brutalität die Maske fallen. Genosse her, Genosse hin, Herr Paul-Boncour sagt seinen deutschen Parteifreunden nunmehr offenherzig heraus, daß ja alles nur ein Spaß gewesen wäre, und er gar nicht daran denke, die